

# SPD demokratischer pressediens

P. XXV/188

6. Oktober 1970

Paris und Bonn in gleicher Richtung

-----  
Zum Moskau-Besuch des französischen  
Staatspräsidenten

Von Staatssekretär Conrad Ahlers  
Leiter des Presse- und Informationsamtes  
der Bundesregierung

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Viel Lärm - aber was solls?

-----  
Opposition vertut kostbare Zeit mit  
nutzlosem Streit

Von Wolfgang Jansen  
Sprecher der Sozialdemokratischen Bundes-  
tagsfraktion

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

Der humanitäre Aspekt der Polen-Verhandlungen

-----  
Wiedergutmachung für NS-Opfer und  
Familienzusammenführung

Seite 5 / 64 Zeilen

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt:

"Alles oder nichts" ein untauglicher Versuch  
Wir haben uns als Nation zu bewähren  
Broschüre "Politik für Deutschland"  
Sudetenproblem bleibt offene Frage  
Gleichstellung der Flüchtlinge erst nach 1973?  
Förderpreis für Löbe-Biograph  
Verleger von Gräfe und Unzer tödlich verunglückt  
Grüssauer Altabt Schmitt +

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9155  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 90 97 - 38  
Telefax: 885 848/886 847/  
885 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

## Paris und Rom in gleicher Richtung

Zum Moskau-Besuch des französischen Staatspräsidenten

Von Staatssekretär Conrad Ahlers

Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Wenn der französische Staatspräsident Georges Pompidou in die Sowjetunion reist, dann tut er dies nicht nur als Sachwalter französischer, sondern auch europäischer Interessen. Die besten Wünsche der Bundesregierung für einen erfolgreichen Verlauf seiner Gespräche mit den sowjetischen Führern begleiten ihn. Dies gilt umso mehr, weil in Moskau auch sicher Fragen besprochen werden, welche die Bundesrepublik unmittelbar betreffen, darunter die Berlin-Frage.

Der Vorgänger Präsident Pompidous, General de Gaulle, hatte während seiner Reise in die Sowjetunion im Jahre 1966 viel dazu beigetragen, um das Herbeiführen, was man die westeuropäische Wendung der sowjetischen Politik nennen kann. Es ist richtig, über die Gründe für diese neue Einstellung der politischen Führung der Sowjetunion gegenüber Westeuropa zu spekulieren, unter denen wirtschaftliche Erwägungen vermutlich keine geringe Rolle spielen. Aber es scheint eine Tatsache zu sein, daß Moskau die Realität der Europäischen Gemeinschaft anerkennt und ihre Erweiterung und Vertiefung in die Überlegungen einbezieht. Dies war auch bei den Gesprächen zwischen dem Bundeskanzler und dem Ministerpräsidenten Alexej Kossygin deutlich geworden.

Solches auszusprechen heißt nicht, sich falsche Vorstellungen über die Möglichkeiten einer besseren Zusammenarbeit zwischen Osteuropa und Westeuropa zu machen. Es ist logisch, daß die Sowjetunion ihre vorsichtige Öffnung nach Westen durch die Festigung ihres politischen Besitzstandes absichern. Die Ereignis-

nisse in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 haben gezeigt, wie schnell das Gefüge des kommunistischen Blocks wegen der immanenten Widersprüche der kommunistischen Gesellschaft ins Wanken geraten kann. Sie haben aber auch gezeigt, daß die Sowjetunion mächtig genug ist, ihre Positionen zu behaupten. Auch dies ist eine europäische Realität.

Daß der französische Präsident und seine Regierung diese Lage ganz nüchtern sehen, ist bekannt. Daß sie es dennoch für richtig erachten, ebenso wie die Bundesregierung zu versuchen, ohne Verleugnung der ideologischen und machtpolitischen Gegensätze, bessere und kontinuierliche Beziehungen zwischen Ost und West herzustellen und Punkte gemeinsamen Interesses zu finden, beruht letztlich auf dem Bewußtsein gesamt-europäischer Verantwortung und auf der Einsicht in die Notwendigkeit ständiger Bemühungen um eine friedlichere Ordnung. Die Bildung und die Arbeit der großen sowjetisch-französischen Kommission, der eines Tages auch eine analoge Einrichtung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion folgen könnte, ist ein konkretes Zeichen für diese Bemühungen.

In Korrespondentenberichten aus Paris ist von dem Problem eines Wettlaufs nach Moskau die Rede gewesen. Diese Formel trifft nicht zu. Frankreich nimmt kein Erstgeburtensrecht für Ostpolitik in Anspruch, die Bundesrepublik will auf diesem Feld mit Frankreich nicht konkurrieren. Sie trägt ohnehin die größere Last, so daß Außenminister Maurice Schumann nicht zu Unrecht davon hat sprechen können, das deutsche Volk habe sich mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages selbst überwunden. Die Wahrheit ist, daß Frankreich und Deutschland sich in die gleiche Richtung bewegen und daß sie dies in zuger Abstimmung miteinander tun.

Viel Lärm - aber was soll's?

Opposition vertut kostbare Zeit mit nutzlosem Streit

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Anstelle einer sachlichen Auseinandersetzung über die Zukunft wird der Donnerstag mit einer untröstlichen Debatte über die Vergangenheit beginnen, einer Debatte, die für niemanden wesentlich ist. Es wird nämlich viel Lärm geben und danach eine Abstimmung. Selbst wenn - wofür nichts spricht - der Mißbilligungsantrag der CDU/CSU gegen den Bundesfinanzminister Dr. Alex Möller angenommen werden würde, hätte dies - und das hat kein geringerer als der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Will Rösser, in einer Pressekonferenz am Montag selbst zugegeben - nicht die geringsten Folgen. Mit anderen Worten: Lärm nur um des Geräusches willen.

Zwar ist die Äußerung, die der Finanzminister bei der Einbringung des Haushalts von Manuskript abweichend vorgebracht hat, von der CDU/CSU teilweise dahingehend mißverstanden worden, Möller habe sie in die Nähe der Nazis rücken sollen. Vor dem Deutschen Bundestag und vor aller Öffentlichkeit hat der Bundesfinanzminister aber bereits deutlich gesagt, daß eine solche Absicht weder bestand noch aus seinen Worten entnommen werden konnte. Damit hätte der Streit beendet sein können. Doch die CDU/CSU scheint zu glauben: Krach muß sein - wo bliebe sonst die Opposition? Viel Lärm und ein nutzloser untröstlicher Streit scheint sie nicht anbieten zu können.

Wird man das Protokoll jeder Sitzung, so wird der Anlaß des Streites vollends relativiert. Denn die Zitate der Abgeordneten Dr. Stoltenberg und Haase/Kassol lassen sich sehr viel weniger rechtfertigen als die bei aller verständlichen Erregung immer noch vorsichtig formulierte Erklärung des Finanzministers.

In der bisherigen Parlamentsgeschichte hat es eine ganze Reihe von Zwischenfällen gegeben, die meist in der Hitze des Gefechts ihren Ursprung hatten. Und bisher sind alle im Wege des gegenseitigen Vergleichs schlichtlich-friedlich bereinigt worden. Hierbei ist darüber anzumerken, daß es bisher Parlamentspräsidenten gegeben hat, die sich aktiv um eine solche Bereinigung bemühten. Daß ein Parlamentspräsident zwar der Minister rügt, beleidigende Zwischenrufe aber ungeschehen läßt, und im Übrigen

nichts tut, um den Streit aus der Welt zu schaffen, das ist neu.

Einer der letzten Fälle betraf den Vizepräsidenten Dr. Jäger, der seinerzeit äußerst unqualifizierte Bemerkungen zur Kandidatur des jetzigen Bundespräsidenten gemacht hatte, und dessen Fall ausgerechnet durch die Vermittlungstätigkeit des jetzt angegriffenen Dr. Alex Möller bereinigt worden ist. Dr. Jägers gamslige Erklärung, er habe Dr. Heinemann die demokratische Gesinnung nicht absprechen wollen, war wohl wenig wesentlich zurückhaltender als Möllers Feststellung, aus seinen Worten habe man nicht herauslesen können, er habe die CDU/CSU in die Nähe der Nazis zu bringen beabsichtigt. Übrigens passierte seinerzeit dem Dr. Jäger fast das gleiche Mißgeschick, wie Dr. Möller: Während sich die CDU/CSU heute an einem Fernseh-interview erporrankt, das vor einem Vermittlungsversuch im Ältestenrat aufgenommen worden war, wiederholte seinerzeit Dr. Jäger seine Vorwürfe gegen Bundespräsident Dr. Heinemann in einem vor den Vermittlungsversuch verfaßten, aber erst nachher veröffentlichten Zeitungsartikel. Der Unterschied besteht darin, daß seinerzeit die SPD diese Erklärung akzeptiert hat. Im Gegensatz zum heutigen Verhalten der CDU/CSU.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner hat vor mehr als einer Woche in einem Interview mit dem "Parlamentarisch-Politischen Pressedienst", dessen Wortlaut auch von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion verbreitet und somit der CDU/CSU unläugbar zur Kenntnis gebracht worden ist, den Vorschlag gemacht, die Angelegenheit paripasso, das heißt durch guten Willen von beiden Seiten zu bereinigen. Die CDU/CSU hatte eine Woche Zeit, darüber nachzudenken. Der Bundestagspräsident überlegte auch. Die CDU/CSU hat sich nicht zur Belegung des Streits bereithfinden können. Sie will den Streit und sie will den Krach. Offenbar geht es ihr nicht um den Zwischenfall, sondern um den Minister. Sie möchte den Bundesfinanzminister Dr. Alex Möller in aller Öffentlichkeit desavouiert sehen. Sie besteht auf Abstimmung, sie kann sie haben. Und wenn die Abstimmung vorbei ist, wird man sich fragen, ob es eigentlich Aufgabe der Opposition ist, kostbare Zeit parlamentarischer Beratung für nutzlosen Streit aufzuwenden, dessen Ausgang selbst nach Rasners Meinung nichts bewegt.

+ + +

## Der humanitäre Aspekt der Polen-Verhandlungen

### Wiedergutmachung für NS-Opfer und Familienzusammenführung

Hinter den deutsch-polnischen Vertrags-Verhandlungen, die jetzt in Bonn fortgesetzt werden und in Warschau beendet werden sollen, steht auch der humanitäre Aspekt, in den sich zunehmend die Rot-Kreuz-Organisationen beider Länder einschalten werden, nachdem der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Bargatzki, in Warschau mit sehr viel Einfühlungsvermögen das Terrain sondiert hatte.

Das Problem ist eingebettet in die Respektierung oder Anerkennung der polnischen Westgrenze und nimmt seinen Anfang bei der Wiedergutmachung für polnische Staatsbürger, die den grauenhaften pseudomedizinischen Versuchen überwiegend durch SS-Ärzte in NS-deutschen Konzentrationslagern unterworfen worden waren. Es nimmt seinen Fortgang in der Familien-Zusammenführung auf der Grundlage eines engen verwandtschaftlichen Grades, wie sie in der Resolution des Internationalen Roten Kreuzes im Jahre 1952 in Toronto fixiert worden war. Ob es zu einer Familienzusammenführung auch weitläufigerer verwandtschaftlicher Grade kommen kann, das wird Verhandlungssache sein und gleichfalls viel Takt erfordern.

Für die Opfer der medizinischen NS-Versuche gilt bislang noch die schwerfällige Regelung, daß sie vor einer neutralen Kommission ihren Fall vertreten müssen, ehe die finanziellen Leistungen Bonns einsetzen. Demgegenüber wurden die Opfer aus der Tschechoslowakei und Ungarn seit 1962 durch einen Pauschalbetrag über die dortigen Regierungen entschädigt, wenn überhaupt von Entschädigung die Rede sein kann und darf. Aus Polen liegen bisher 5.700 Wiedergutmachungsanträge vor, während nur über 700 Fälle nach dem schwerfälligen Verfahren über die Genfer Kommission entschieden worden sind. Es ist vernünftig und großzügig, wenn die Bundesregierung hier mit einem Pauschalbetrag, der nach Experten-schätzung bei 120 Millionen DM läge, einspringen würde. Die Summe würde von der Warschauer Regierung wie in den anderen Staaten verteilt werden, womit man zu einem akzeptablen Abschluß gelangen könnte.

Nach den engeren Normen der Familienzusammenführung sind mit Hilfe der Rot-Kreuz-Organisationen bis heute schon 367.000 Deutsche aus den Gebieten jenseits von Oder und Neisse in die Bundesrepublik eingereist. Gegenwärtig im Monat kommen noch durchschnittlich 600 Aussiedler. Nach vorliegenden Schätzungen dürften sich unter den Ausreise-Anträgen noch annähernd 10.000 befinden, die sich durch die Toronter-Erklärung des Internationalen Roten Kreuzes im Sinne der engeren Familienzusammenführung decken. Hier wird also fortgesetzt werden, was schon seit langem läuft.

Im ganzen liegen darüber hinaus in Polen noch annähernd 260.000 Ausreise-Anträge vor, wobei es um eine Familienzusammenführung nach Westdeutschland oft in recht weitläufigem Sinn geht. Hier ist zu berücksichtigen, daß diese Fälle nicht durch die Rot-Kreuz-Bestimmungen gedeckt werden, also eine erweiterte Modifizierung zwischen den Regierungen in Warschau und Bonn notwendig wäre. Außerdem sind innerpolnische Fragen etwa der Produktionssicherung zu berücksichtigen, die auf eine behutsame Regelung hinweisen.